



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 9 vom 25. April 2005

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 Uhr bis 22.05 Uhr

Leitung: Verena Dubi

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: Dr. Martin Bolleter, Fredy Gerber

Protokollgenehmigung: Die Protokolle der Sitzungen vom 31. Januar und 14. März 2005 werden genehmigt.

Präsidentin:

Protokoll:

Verena Dubi

Esthy Curti

Mitteilungen der Präsidentin Verena Dubi:

- V. Dubi begrüsst alle Anwesenden zur Sitzung. H. Senn, CVP, erwähnt, dass A. Achermann etwas später kommen wird.
- Sie macht darauf aufmerksam, dass am 13. und 14.4.2005 die Zukunftskonferenz zur Ortsplanung stattgefunden hat und Gemeinderätin A. Schuler am Ende dieser Sitzung noch kurz dazu Stellung nehmen wird.
- Kurz vor der Sitzung, um 18.45 Uhr bis 19.20 Uhr, fand hier im Kronenmattgebäude die musikalische Präsentation der zwei neuen Klaviere der Musikschule Binningen-Bottmingen in Form eines kleinen Konzerts durch Lehrpersonen und Schülerinnen der Musikschule statt. Damit wollte sich die Musikschule für den Kauf dieser zwei neuen Klaviere beim Einwohnerrat bedanken. V. Dubi war sehr erfreut, dass sehr viele Einwohnerratsmitglieder daran teilgenommen haben und bedankt sich dafür auch im Namen der Musikschule.
- Es liegen weder Mitteilungen aus dem Einwohnerratsbüro vor noch sind Gratulationen auszusprechen.
- Am Dienstag, 19.4.2005, nahm sie am „Häfelikaffi“, der Jahresversammlung des Frauenvereins teil. Die Musikgruppe Dezibel spielte auf und der Anlass war sehr unterhaltend.
- Zudem besuchte sie am Donnerstag, 21.4.2005 die Generalversammlung des Vereins Spitex Binningen im Kronenmattsaal. Dort las Vreni Weber-Thommen aus Gelterkinden einige ihrer Geschichten vor, die über die Schicksale von älteren Menschen erzählen. V. Dubi zeigt sich etwas enttäuscht darüber, dass so wenige Personen an diesem Anlass teilnahmen.
- V. Dubi weist darauf hin, dass alle Einwohnerratsmitglieder die Einladung zum traditionellen Einwohnerratsausflug vom 28.5.2005 per Mail oder Post erhalten haben. Obschon die Anmeldefrist etwas kurz ist, bittet sie alle, sich trotzdem pünktlich anzumelden.
- Dr. Andreas Erhardt, SP, hat aufgrund seines Wohnungswechsels nach Bottmingen per 1.5.2005 seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben. V. Dubi bedauert seinen Abschied sehr und verabschiedet ihn herzlich. Er war seit 1.5.1995 Mitglied des Einwohnerrats und somit eines der dienstältesten Ratsmitglieder. Für V. Dubi war A. Erhardt immer eine konstante und absolut zuverlässige Person im Rat und in der Fraktion. Er war kein Mann der vielen Worte, aber wenn es um die Anliegen der Fraktion, vor allem im sozialen Bereich ging, wurde er stets aktiv und war ein verlässlicher Redner. V. Dubi wird ihn sehr vermissen, wünscht ihm mehr Zeit für seine Hobbies und überreicht ihm ein kleines Geschenk.

A. Erhardt bedankt sich für diese lebenswürdige Verabschiedung. Das politische Geschehen war ihm stets wichtig. Er hat im Rat Höhen und Tiefen erlebt, d.h. gewisse Anliegen konnten erfolgreich vertreten werden, andere blieben ihm negativ in Erinnerung. Z.B. wurde einmal eine Beitragsleistung in der Höhe CHF 5'000.— für die Gemeindebibliothek nicht gesprochen oder ein Behindertenlift mit dem Argument abgelehnt, dass das Wünschbare nicht immer möglich sei und man sich auf das Notwendige beschränken müsse, obschon Personen im Rollstuhl im Saal anwesend waren. Es macht ihm zu schaffen, dass genau durch diese Denkweise unser Planet immer mehr usurpiert wird. Die Menschheit verursacht ein Massenaussterben, denn die natürliche Aussterberate von Organismen wäre um ein Tausendfaches kleiner. Leider steht der Eigenprofit im Vordergrund. Binningen könnte durchaus eine Vorzeigegemeinde sein nach dem Grundsatz, global denken und lokal handeln. Er schliesst mit dem Dank an alle jetzigen und ehemaligen Einwohnerratsmitglieder, sowie Gemeindeangestellten für die gute Zusammenarbeit und wünscht allen für die weitere Arbeit und die Zukunft alles Gute.

Es werden keine persönlichen Vorstösse neu eingereicht.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.1.2005: Leistungsauftrag 3 Steuern <i>Geschäftskreisführung: J. Saxer</i>	42
2. Bericht / Antrag der Spezialkommission vom 14.4.2005: Totalrevision Vergütungsreglement, 2. Lesung <i>Geschäftskreisführung: C. Simon</i>	49
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005: Genereller Entwässerungsplan (GEP) <i>Geschäftskreisführung: A. Mati</i>	18
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005: Waldbaulinienpläne 1/9, 2/9, 3/9, 4/9, 5/9, 7/9 und 9/9 <i>Geschäftskreisführung: A. Schuler</i>	19
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005: Aufhebung Reglement über den Logopädischen Dienst <i>Geschäftskreisführung: M. Joset</i>	43
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005: 1000-Jahrfeier: Abrechnung <i>Geschäftskreisführung: C. Simon</i>	36
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005: Kredit Geschichtsforschung: Abrechnung <i>Geschäftskreisführung: M. Joset</i>	32
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.4.2005: Aktivitäten im Bereich Entwicklungshilfe und Patengemeinden; Studentenprojekt Kaluga <i>Geschäftskreisführung: B. Gehrig</i>	58
9. Postulat SP-Fraktion vom 7.12.2004: Kinderspielplätze für Binningen Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: M. Joset</i>	38
10. Postulat SP-Grüne/EVP-Fraktion vom 26.1.2005: Midnight Basketball für Binningen Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: M. Joset</i>	46
11. Motion der GRPK vom 2.3.2005: Revision Personalreglement Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: C. Simon</i>	51
12. Interpellation FDP-Fraktion vom 8.3.2005: Schutzraumbestand Antwort von Gemeinderat B. Gehrig	54
13. Interpellation SP-Fraktion vom 10.3.2005: Wo stehen wir am Kronenplatz? Antwort von Gemeindepräsident C. Simon	56
14. Diverses	

(Die Traktanden 12 und 13 werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.)

Traktandum 1**Geschäft Nr. 42****Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.1.2005:**

Leistungsauftrag 3 Steuern

Präsidentin V. Dubi weist darauf hin, dass an der letzten Einwohnerratssitzung die SP ihre Eintretensdebatte bereits geführt und auch Gemeinderat J. Saxer seine Stellungnahme zu diesem Geschäft abgegeben hat. Keine andere Fraktion möchte auf dieses Geschäft noch eintreten.

Stellungnahme des Gemeinderats: J. Saxer erklärt, dass im vorliegenden Leistungsauftrag (LA) die Einnahmen, d.h. die Steuern nicht im Produkt „Budget“ enthalten sind. Der LA wäre dann spektakulärer, wenn man im Rahmen der Schwankungen der Steuereinnahmen im Globalbudget schalten und walten könnte. Nachdem jedoch das Rechnungsergebnis 2004 vorliegt, wäre der Spielraum etwas gross. Deshalb sind die Steuererträge im Globalbudget auch nicht enthalten. Dies kann mit dem Bereich Sicherheit/Verkehr verglichen werden, wo die Bussen auch nicht ins Globalbudget aufgenommen werden, um den Spielraum nicht willkürlich zu vergrössern.

Ferner ist zu beachten, dass die Liegenschaftsverwaltung nicht in den LA aufgenommen wurde, da zur Zeit abgeklärt wird, ob diese allenfalls outgesourced wird und sich erst dann herausstellt, welcher Produktegruppe sie zugeordnet wird.

Die Detailberatung entfällt, und es werden keine Anträge gestellt.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** **1.1 Der Einwohnerrat beschliesst den vorliegenden Leistungsauftrag im Grundsatz.**
- 1.2. Der Gemeinderat legt mit dem Budget 2006 eine aktualisierte Version vor.**

Traktandum 2**Geschäft Nr. 49**

Bericht / Antrag der Spezialkommission vom 14.4.2005

Totalrevision Behördenreglement, 2. Lesung

Präsidentin V. Dubi erinnert daran, dass die 1. Lesung dieses Geschäfts an der letzten Sitzung sehr lange und intensiv war. Sie bittet ihre Kolleginnen und Kollegen, diesmal kurze und klare Voten zu fassen.

Spezialkommissionspräsidentin T. Rehmann erklärt, dass der Grund dafür, dass das überarbeitete Reglement heute bereits vorliegt, darin liegt, dass sie an der nächsten Sitzung vom 30.5.2005 nicht anwesend sein wird und das Geschäft nicht in die Junisitzung verschieben wollte. Sie dankt deshalb allen, die bei der raschen Bearbeitung mitgeholfen haben, auch allen Behörden und Kommissionen,

die ihre Vernehmlassung - trotz Osterferien - so schnell abgegeben haben. Die Spezko hat alle Vernehmlassungen ausgewertet und in das Reglement miteinbezogen. Das Resultat liegt nun vor. Es wurden vor allem zwei Hauptprobleme erkannt: Einerseits die Sitzungsvorbereitungszeiten für die verschiedenen Gremien und andererseits die Vizepräsidien der Gremien. Es wurde wiederum ein Kostenvergleich der Behördenentschädigungen alt - neu angestellt, der zeigt, dass Mehrkosten entstehen. Der effektive Kostenaufwand kann aber erst in einem Jahr eruiert werden, wenn konkrete Zahlen vorliegen, da die Sitzungsvorbereitungszeit für gewisse Gremien zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar war.

Es gab Rückmeldungen, die beanstandeten, dass diese Zeiterfassung für die Sitzungsvorbereitung sehr kompliziert sei. T. Rehmann weist klar darauf hin, dass die Spezko kein „Moralapostel“ sein will, sondern es jedem Mitglied eines Gremiums möglich sein sollte, ohne Aufsicht oder Kontrolle seine Zeitbuchhaltung zu führen.

Einmal mehr weist T. Rehmann darauf hin, dass es in erster Linie darum ging, eine faire und angemessene Vergütung auszuzahlen, um auch weiterhin gute Leute für die Gemeindepolitik zu gewinnen.

Präsidentin V. Dubi weist vor der Detailberatung darauf hin, dass ihr ein Antrag der SVP-Fraktion vorliegt, wonach der Stundenansatz für die Sitzungen von CHF 55.— auf CHF 50.— reduziert werden soll.

Detailberatung:

FDP: *M. Ziegler* teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion daran stört, dass der Sekundarschulrat im neuen Reglement auch berücksichtigt wird und eine Vergütung erhalten soll, obschon dieser seit der Einführung des neuen Bildungsgesetzes in den Zuständigkeitsbereich des Kantons fällt. Er befürchtet, dass der Kanton auf diese Weise schrittweise wieder Verantwortung an die Gemeinden zurückgibt. Deshalb beantragt er, in § 2 *Geltungsbereich* soll statt Schulräte richtigerweise *Primar- und Musikschulräte* stehen und in § 4 *Anspruch* der ganze Absatz 5 *Sekundarschulrat* gestrichen werden.

Spezko-Präsidentin T. Rehmann weist darauf hin, dass es der Spezko wichtig ist, alle in Binningen politisch tätigen Personen gleich zu behandeln. Sie bestätigt, dass der Sekundarschulrat vom Kanton entschädigt wird. Diese kantonale Entschädigung wird dann jedoch von der jeweiligen kommunalen Vergütung abgezogen. Nur diesen Teil übernimmt die Gemeinde (vgl. § 5 Abs. 2).

Gemeinderat M. Joset erläutert, dass die Übergangszeit für den Wechsel der Sekundarschule zum Kanton noch nicht beendet ist. Es ist noch nicht abschliessend geklärt, was genau vom Kanton übernommen wird und was bei der Gemeinde bleibt. Es wurden vom Einwohnerrat im Sekundarschulbereich auch zusätzlich Beiträge für Lager, Exkursionen, Gesundheitsförderung etc. bewilligt. Es ist nicht möglich, dass durch jeden Antrag, der von der Gemeinde abgelehnt wurde, der Kanton zur Beitragsleistung gezwungen werden kann. Der Kanton würde bei Annahme des Antrags der FDP-Fraktion auch nicht zum Handeln bewegt, dafür bräuchte es andere Voraussetzungen. Ihm geht es vor allem darum, dass alle Schulräte in Binningen gleich behandelt werden. Der Sekundarschulstandort ist in Binningen, es sind auch Schulkinder aus Binningen und Bottmingen, und es braucht auch einen motivierten Schulrat für diese Kinder, die eine gute Ausbildung erhalten sollen. Schlussendlich werden die Beiträge vom Kanton auch abgezogen.

FDP: *M. Ziegler* bleibt bei seinem Standpunkt, dass die Gemeinde schleichend Schritt für Schritt Aufgaben des Kantons übernimmt, was nicht Sinn und Zweck dieses Reglements sein sollte. Auch die FDP stand hinter der Einführung des neuen Bildungsgesetzes, jedoch mit der Auflage, dass die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinde klar getrennt werden.

Was die Motivation der Sekundarschulräte anbelangt, sieht er das Problem, dass die Bottminger Schulräte lediglich nach kantonaler Vorschrift entschädigt werden, was für den Zusammenhalt zwi-

schen den Binninger und Bottminger Schulräten auch nicht gerade förderlich sein wird. Deshalb bleibt sein Antrag unverändert bestehen.

Präsidentin V. Dubi lässt über den Grundsatz abstimmen, ob der Sekundarschulrat aus dem Vergütungsreglement gestrichen werden soll.

://: Der Antrag wird abgelehnt. Der Sekundarschulrat bleibt im Vergütungsreglement.
(13 Ja, 22 Nein bei 2 Enthaltungen)

FDP: A. *Emmerth* stellt den Antrag, § 4 Abs. 2 mit lit. e wie folgt zu ergänzen:

e) *Zuschlag für Vertretung in SHB und VB* CHF 1'700.—

Bereits in er 1. Lesung hatte die FDP-Fraktion beantragt, dass der/die Gemeinderatsvertreter/in für die Sitzungsvorbereitung in den Fachbehörden auch eine Vergütung erhält. Dieses Thema wurde von der Spezko in der Folge geprüft. Sie kam zum Schluss, dass mit der Erhöhung des Stundenansatzes für die Sitzungen und den Fixen für die Gemeinderatstätigkeit dieser Arbeit genügend Rechnung getragen wird. Die Sitzungsvorbereitung in der Sozialhilfebehörde (SHB) und Vormundschaftsbehörde (VB) ist aber ausserordentlich zeitintensiv. Alle Mitglieder müssen vor jeder Sitzung umfangreiche Unterlagen sowie neu dazu gekommene oder in Erinnerung zu rufende Akten studieren. Ohne dieses durchschnittlich 1 ½ Stunden dauernde Aktenstudium ist es den Mitgliedern nicht möglich, die vom Präsidium vorgeschlagenen Massnahmen bzw. Entscheide ausreichend zu beurteilen. Dafür wird eine speditive und rasche Abwicklung der Sitzung möglich.

Im Übrigen zieht der/die Gemeinderatsvertreter/in keinen Nutzen aus seiner strategischen Arbeit im Gemeinderat für die Arbeit in der SHB oder VB. Auch seine Sitzungsvorbereitung wird dadurch nicht kürzer. Im Gegenteil, durch die Einzelfallbearbeitung in diesen beiden Behörden spart er/sie Zeit für die Lösung strategischer Aufgaben. Deshalb ist es ungerechtfertigt, wenn der/die Gemeinderatsvertreter/in den Aufwand für die Sitzungsvorbereitung in der SHB und in der VB nicht entschädigt erhält, denn die Gemeinderatssitzungsgelder sowie das Gemeinderatsfixum decken diesen Aufwand nicht angemessen ab. Deshalb schlägt die FDP-Fraktion wie erwähnt vor, das Fixum, welches der/die Gemeinderatsvertreter/in für seine Arbeit in der SHB und VB nach altem Reglement erhielt, im neuen beizubehalten. Diese CHF 1'700.— jährlich entsprechen in etwa dem Betrag, der vergütet werden müsste, wenn die Sitzungsvorbereitung nach Stunden bei einem Ansatz von CHF 55.— entschädigt würde.

SP: G. *Köhler* hält es strategisch für ungeschickt zu versuchen, für jede einzelne Position eine Einzelfalllösung zu finden. Dies führt ins Uferlose. Es gibt keine absolute Gerechtigkeit für alle.

FDP: C. *Fünfschilling* hält dagegen, dass in § 4 mit lit. d bereits eine Einzelfalllösung für das geschäftskreisführende Mitglied Raumplanung und Umwelt enthalten ist. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass beispielsweise das Gemeinderatsmitglied mit der Produktegruppe Finanzen weniger Sitzungsvorbereitungsaufwand in der GRPK betreiben muss, wie die beiden Beispiele, welche A. *Emmerth* erläutert hat.

Spezko-Präsidentin T. Rehmann weist darauf hin, dass der Gemeinderat aufgrund des erhöhten Stundenansatzes für das Sitzungsgeld mit dem neuen Reglement nicht schlechter fährt. Deshalb hat die Spezko auch beantragt, das Reglement bzw. die Auszahlungen im Frühling 2006 zu überprüfen, damit bei einer massiven finanziellen Benachteiligung auch allenfalls eine Nachzahlung erfolgen kann.

SP: S. *Zürcher* würde eine Stellungnahme des Gemeinderats zu diesem Thema interessieren.

Präsidentin V. Dubi hält es für heikel, wenn die direkt Betroffenen ihre Meinung äussern sollen.

SP: S. *Zürcher* findet, dass wenn im Gemeinderat schon eine „zwei Klassen Gesellschaft“ eingeführt werden soll, dieser auch vor einer Abstimmung etwas dazu sagen darf. Seiner Meinung nach hat sich der Gemeinderat auch schon seine Gedanken gemacht.

Gemeinderat J. Saxer nimmt Stellung, da er einerseits zurzeit nicht betroffen ist, andererseits acht Jahre vom Gemeinderat aus in der VB Einsitz hatte und somit aus Erfahrung heraus sprechen kann. Er pflichtet A. Emmerth zu und bestätigt, dass die Sitzungsvorbereitung ein grosser Aufwand bedeutet. Er benötigte wesentlich mehr Zeit für die Vorbereitung der VB-Sitzungen als jetzt als Finanzchef für die GRPK-Sitzungen, wo er Geschäfte vertritt, die ihm bekannt sind. In der SHB und VB handelt es sich aber immer wieder um neue Fälle, in die man sich mit grossem Zeitaufwand einlesen muss. Da die SHB- und VB-Sitzungen nicht allzu lange dauern, kann auch mit der Sitzungsgeldvergütung ein Ausgleich geschaffen werden. Seiner Meinung nach besteht mit dieser neuen Regelung eine ungerechte Behandlung unter den Gemeinderatsmitgliedern. Er plädiert deshalb dafür, dass den Gemeinderatsmitgliedern entweder die Sitzungsvorbereitung entschädigt wird oder dem Antrag von A. Emmerth zur Einführung einer Pauschale für die Gemeinderatsvertretung in der SHB und VB zustimmt.

Gemeindepräsident C. Simon schliesst sich dem Votum seines Vorredners an und ergänzt, dass dasjenige Gemeinderatsmitglied, das im Schulrat vertreten ist und auch einen grossen Sitzungsvorbereitungsaufwand - sei dies für Budget oder anderes - betreiben muss, leer ausgeht. Er schlägt deshalb vor, dass entweder das für den Schulrat zuständige Gemeinderatsmitglied wie vorher auch wieder das alte Fixum erhält und dies auch in § 4 ergänzt wird, oder dass in § 5 Abs. 1 lit. d der Satz „Ausgenommen sind die Mitglieder des Gemeinderats in diesem Gremium.“ gestrichen wird. Er würde es als gerecht ansehen, wenn alle drei Kategorien gleich behandelt werden.

FDP: Gemäss A. Emmerth ist die FDP-Fraktion dagegen, dass die Gemeinderatsvertretungen in der SHB und VB mit derjenigen im Schulrat gleichgesetzt werden. Das neue Bildungsgesetz hat die Schulräte von vielen Aufgaben entlastet, vor allem im operativen Bereich. Zudem sind einige Geschäfte im Schulrat mit nur wenig oder gar keinen Akten verbunden. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass die Sitzungsvorbereitung wesentlich kürzer ist und demzufolge auch nicht speziell vergütet werden muss. Dafür wird mehr Arbeit während den Sitzungen geleistet, d.h. die Sitzungen sind länger, was aber mit dem Stundenansatz abgegolten wird.

CVP: A. Achermann stellt fest, dass sich der Einwohnerrat wieder mitten in der Kommissionsberatung befindet. Er hält es für schwierig, dass jemand, der nicht über die Informationen der Spezko verfügt, sich nun eine Meinung bilden kann, was richtig ist und was nicht. Schlussendlich hat sich die Spezko mit dieser ganzen Problematik befasst und Anträge gestellt, welche die CVP-Fraktion unterstützen wird.

Präsidentin V. Dubi lässt über den Antrag der FDP-Fraktion, wonach in § 4 Abs. 2 neu lit. e *Zuschlag von CHF 1'700.— für das Gemeinderatsmitglied in der SHB und VB* aufgenommen werden soll, abstimmen:

://: Der Antrag wird abgelehnt.
(8 Ja, 25 Nein bei 4 Enthaltungen)

Präsidentin V. Dubi kommt bei § 6 *Anspruch* auf den Antrag der SVP-Fraktion zurück, wonach der Stundenansatz für die Sitzungen um CHF 5.— auf CHF 50.— reduziert werden soll.

SVP: E. Kohl erläutert den Antrag ihrer Fraktion damit, dass die gesamten Ansätze im neuen Reglement sehr stark erhöht wurden, und es im jetzigen Zeitpunkt schwer abschätzbar ist, wie hoch die effektiven Kosten schlussendlich sein werden. Wie Spezko-Präsidentin T. Rehmann erwähnte, stiegen die geschätzten Mehrkosten beim tabellarischen Kostenvergleich alt - neu aufgrund der letzten Lesung auch nochmals an. Deshalb könnte wenigstens beim Stundenansatz eine Reduktion vorgenommen werden, da die jeweiligen Arbeiten sehr gut und sehr hoch entlohnt werden.

CVP: A. Achermann teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag der Spezko unterstützt. Obschon CHF 55.— pro Sitzungsstunde sicher ein hoher Ansatz ist, muss daran gedacht werden, dass z.B. eine Stunde im Einwohnerrat auch die entsprechende Sitzungsvorbereitung, den Besuch von Fraktionssitzungen oder Parteiversammlungen im Vorfeld etc beinhaltet. Zieht man all diese zusätzlichen

Leistungen in Betracht, reduzieren sich die CHF 55.— auch wieder auf ein absolut vertretbares Mass. Zudem müssen die Mandatsabgaben, durch die sich eine Partei mittlerweile hauptsächlich finanziert, auch abgezogen werden, was den Betrag nochmals verringert. Deshalb hält die CVP-Fraktion CHF 55.— durchaus für angemessen.

FDP: *M. Ziegler* erklärt, dass die FDP-Fraktion den Antrag der SVP unterstützt. Auch sie ist der Meinung, dass das neue Vergütungsreglement sehr grosszügig ausgestaltet ist, und es sich kostenmässig eher expansiv statt restriktiv auswirken wird. Deshalb hält sie diese Reduktion auf CHF 50.— durchaus für vertretbar, und sie wird dazu beitragen, die Kosten einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Grüne/EVP: *K. Birkhäuser* erklärt, dass dieser Reduktionsantrag einmal mehr lediglich das Ziel verfolgt zu sparen, ohne nähere Begründung. Er unterstützt die Argumentation von A. Achermann und betätigt, dass für eine Einwohnerratssitzung sehr viel Hintergrundarbeit nötig ist.

Spezko-Präsidentin T. Rehmann erinnert daran, dass im alten Reglement die Mitglieder der Wahlkommission bereits CHF 55.— erhalten haben. Die Spezko übernahm diesen Ansatz, weil sie ihn für realistisch und fair hielt.

SP: *G. Köhler* erwähnt, dass das Reglement in einem Jahr überprüft wird. Sollten die Kosten dann überbordnet sein, kann der Einwohnerrat eingreifen. Seiner Meinung nach wurde mit diesem Betrag ein Signal gesetzt, um der politischen Arbeit eine Wertschätzung zu verleihen. Was den Spareffekt anbelangt erklärt er, dass mit dieser Reduktion um CHF 5.— auch kaum etwas bewirkt wird. Dafür hätte der Ansatz schon auf CHF30.— reduziert werden sollen.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* spricht sich auch klar für CHF 55.— aus. Er betont, dass bereits in der 1. Lesung erwähnt wurde, die politische Arbeit sei dieser Betrag auch wert. Deshalb hätte dieser Antrag bereits während der 1. Lesung erfolgen sollen, damit die Spezko auch entsprechend hätte reagieren können.

FDP: *J. Humbel* bittet die SVP, ihren Antrag zu ergänzen mit der gleichzeitigen und entsprechenden Reduktion des Ansatzes für die Sitzungsleitung auf CHF 100.— (§ 6 Abs.1) und die angebrochene Stunde auf CHF 25.— (§ 6 Abs. 2), damit nicht anschliessend auch noch über das abgestimmt werden muss.

SVP: *E. Kohl* betont, dass ihre Fraktion den Stundenansatz schlichtweg für zu hoch hält. Beim nachfolgenden Geschäft Revision Personalreglement soll versucht werden, Einsparungen zu treffen und eine zeitgemässe sowie den heutigen Leistungen angepasste Lösung zu finden. Bei der Revision des Vergütungsreglements dagegen wird kein Schritt in diese Richtung unternommen. Es sollte mit einem guten Beispiel vorangegangen werden.

Präsidentin V. Dubi lässt über den Antrag der SVP-Fraktion abstimmen, wonach in § 6 *Anspruch* Abs. 1 die volle Stunde auf CHF 50.—, die Sitzungsleitung auf CHF 100.— und in Abs. 2 die angebrochene Stunde auf CHF 25.— festgesetzt wird.:

://: Der Antrag wird abgelehnt.
(17 Ja, 20 Nein bei 1 Enthaltung)

FDP: *M. Ziegler* bezieht sich auf § 6 Abs. 3, wonach einerseits eine Sitzung maximal vier Stunden dauern darf und andererseits eine Sitzung des Gemeinderats von mehr als sechs Stunden pauschal mit CHF 300.— vergütet wird. Dies erscheint ihm nicht ganz logisch, und er möchte wissen, welche Entschädigung der Gemeinderat für fünf Sitzungsstunden erhält. Er bittet die Spezko-Präsidentin um Klarstellung und stellt gleichzeitig den Kompromissantrag, neu eine Sitzungsdauer von maximal fünf Stunden zu entschädigen, die Sitzungsvorbereitung bei maximal drei Stunden zu belassen und dafür den zweiten Satz gänzlich zu streichen.

Spezko-Präsidentin T. Rehmann erklärt, dass mit dem Gemeinderat ein Kompromissvorschlag ausgearbeitet wurde. Primär gilt, dass für eine Sitzung maximal vier Stunden vergütet werden, auch wenn sie etwas länger dauert. Beim Gemeinderat fallen aber jährlich Sitzungen an, die vom Thema her zwingend länger als vier Stunden dauern (z.B. Budget). Hält der Gemeinderat also z.B. an einem Samstag zwischen 10.00 Uhr und 16.00 Uhr eine Sitzung ab, dauert diese sechs Stunden oder auch länger. Deshalb wurde für den Gemeinderat diese Tagespauschale von CHF 300.— eingesetzt.

Präsidentin V. Dubi ergänzt, dass klar festgelegt wurde, dass eine Sitzung prinzipiell nicht mehr als vier Stunden dauern soll. Dauert eine Sitzung länger, werden nur diese vier Stunden vergütet. Bei einer ganztägigen Sitzung von sechs Stunden und mehr jedoch, wird diese genannte Tagespauschale ausgerichtet.

FDP: *M. Ziegler* nimmt diese Erklärungen an und zieht seinen Kompromissantrag zurück.

Bei § 13 erklärt *Präsidentin V. Dubi*, dass von der SVP-Fraktion folgender Antrag vorliegt: *Das Vergütungsreglement wird bis Ende 2006 befristet. Dem Einwohnerrat sind rechtzeitig die neusten Zahlen und Auswirkungen des Reglements transparent vorzulegen.* Sie erklärt, dass der erste Satz in § 13 *Inkrafttreten* aufgenommen werden könnte, der zweite Satz jedoch müsste als Empfehlung gelten.

SVP: *E. Kohl* erläutert, dass die Ergebnisse und Auswirkungen des Reglements noch völlig offen sind. Erst nach Vorliegen konkreter Zahlen und entsprechender Auswertung wird ersichtlich, wie gut oder schlecht sich das neue Reglement erweist. Allenfalls zeigt es sich dann, dass es besser wäre, wieder zu der Vergütung mittels Fixen zurückzugehen. Deshalb erachtet es die SVP-Fraktion für besser, das Reglement bis Ende 2006 zu befristen, damit das Zahlenmaterial von zwei Jahren vorliegt.

Präsidentin V. Dubi fragt die SVP-Fraktion, welcher Vorteil dieser Antrag gegenüber dem Vorschlag der Spezko bringt, wonach das Reglement nach einem Jahr überprüft werden soll. Bei einer Befristung besteht die Gefahr, dass wenn das Reglement Ende 2006 allenfalls abgelehnt würde, gar keines mehr vorhanden wäre.

SVP: *E. Kohl* befürchtet, dass es bei einer Überprüfung schwer möglich sein dürfte, Reduktionen vorzunehmen, sondern im Gegenteil nur noch höhere Ansprüche gestellt würden.

SP: *S. Zürcher* erklärt, dass vor ca. vier Jahren eine bürgerliche Ratsmehrheit das alte Behördenreglement verabschiedete, das jetzt mit einem ziemlich deutlichen Paradigmenwechsel beinahe gesamthaft revidiert wird. Deshalb hält er es für konsequent, dass in der jetzigen, eigenen Legislaturperiode zumindest nochmals kontrolliert wird, ob das Reglement auch für die Nachfolger/innen verantwortlich ist. Ob dies mittels einer Überprüfung oder Befristung geschieht, hält er nicht für entscheidend. Wichtig ist, dass die jetzige Apanagerhöhung wenn notwendig wieder korrigiert werden kann.

FDP: *M. Ziegler* unterstützt den Vorschlag der SVP-Fraktion mit der Begründung, dass der Rat durch eine Befristung tatsächlich gezwungen wird, sich nach einer gewissen Zeit nochmals mit dem Reglement auseinander zu setzen. Die von der Spezko vorgeschlagene Überprüfung ist nicht unbedingt bindend, d.h. kann aus welchen Gründen auch immer weggelassen werden. Für ihn bedeutet diese Befristung nichts anderes wie eine stärkere Verankerung des Vorschlags der Spezko.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* hält *M. Ziegler* entgegen, dass wenn eine Überprüfung des Reglements gemäss Antrag 4 der Spezko beschlossen wird, diese sicher nicht vergessen geht. Ansonsten ist der Rat nicht ernst zu nehmen.

CVP: *A. Achermann* erklärt, dass die Mehrheit der CVP-Fraktion die Überprüfung bejaht und die Befristung ablehnt.

Präsidentin V. Dubi lässt über den Antrag der SVP-Fraktion abstimmen, wonach in § 13 eine Befristung des Vergütungsreglements bis Ende 2006 sowie das rechtzeitige und transparente Vorlegen der neusten Zahlen und Auswirkungen des Reglements aufgenommen werden:

://: Der Antrag wird abgelehnt.
(18 Ja, 19 Nein bei 1 Enthaltung)

Präsidentin V. Dubi lässt über die vier Anträge der Spezko abstimmen.

Mit 30 Ja, 6 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://: 2.1 Der Totalrevision des Vergütungsreglements der Gemeinde Binningen wird zugestimmt.**
- 2.2 Das Reglement tritt rückwirkend per 1.1.2005 in Kraft.**
- 2.3 Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat die Revision der Reglemente des Gemeindeführungsstabs, der Feuerwehr sowie der Zivilschutzorganisation betreffend Entschädigung zu unterbreiten. Bis dahin gelten die Übergangsbestimmungen des neuen Reglements.**
- 2.4 Der Überprüfung des Reglements im Jahr 2006 wird zugestimmt.**

Traktandum 3

Geschäft Nr. 18

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005:

Genereller Entwässerungsplan (GEP)

Eintreten

FDP: *R. Moll* erklärt, dass sowohl das Geschäft an sich wie auch die Vorlage ziemlich kompliziert sind, wenn jemand nicht vom Fach ist. Es handelt sich um eine Vollzugsvorlage von Bund und Kanton. Die FDP-Fraktion befürwortet eine Überweisung an die Bau- und Planungskommission (BPK). Diese Transparenz soll anschliessend auch der Bevölkerung zugute kommen, die schlussendlich mit dem GEP belastet bzw. auch entlastet wird. Er weist klar darauf hin, dass es bei dieser Überweisung an die BPK grundsätzlich nicht um die Finanzen geht, sondern um die Optimierung des in dieser Vorlage beschriebenen Systems.

SVP: Gemäss *M. Trautwein* ist nicht von der Hand zu weisen, dass Wasser ein immer kostbareres Gut ist und die verdichtete Bauweise ihr Tribut zollt. Die im Bericht aufgelisteten Massnahmen sind für eine Fachperson nachvollziehbar und die Schlussfolgerungen logisch. Inhaltlich ist die SVP-Fraktion mit der Vorlage durchaus einverstanden. Trotzdem sind einige Fragen aufgetaucht. Deshalb ist auch sie der Meinung, dass ein Geschäft dieser finanziellen Grössenordnung in der BPK beraten werden sollte.

SP: *F. Dietiker* erklärt, dass die SP-Fraktion diese Vorlage sehr begrüsst. Ihrer Meinung nach besteht in Binningen ein grosser Handlungsbedarf i.S. Siedlungsentwässerung. Dieser GEP wurde von Fachleuten in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung ausgearbeitet und ist nun das entscheidende Planungsinstrument für die künftige Entwässerung in unserer Gemeinde, das differenziert aufzeigt, welche Massnahmen wo ergriffen werden sollen. *F. Dietiker* weist aber klar darauf hin, dass für jedes Bauprojekt die jeweiligen Entwässerungs- und Versickerungsverhältnisse wieder neu und detailliert abgeklärt werden müssen. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass auf der Stufe dieser übergeordneten Planung, welche der GEP darstellt, die vorhandenen Grundlagen sicher ausreichend sind, um die entsprechende Umsetzung unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Auch für die SP-Fraktion stellen sich einige Fragen, wie z.B.:

- Wie sieht die Vorbildfunktion der Gemeinde Binningen aus, was wird sie unternehmen?
- Wie sollen Private motiviert werden, dass sie z.B. Retentionsmassnahmen selber realisieren?
- Was soll mit unseren Fliessgewässern geschehen, die zurzeit noch eingedolt sind?
- Verschiedene Fragen zum Bauverfahren generell.

F. Dietiker betont, dass diese Fragen klar eine untergeordnete Stufe betreffen und der GEP nun die Voraussetzung darstellt, dass überhaupt Entwässerungen bewilligt werden können.

Gemäss Vorlage wird die Umsetzung des GEP über einen Zeitraum von 40 Jahren dauern. Diese Zeitspanne scheint der SP-Fraktion sehr lang. Es stellt sich die Frage, ob nicht jetzt zügig damit begonnen werden sollte, diesen unbefriedigenden und dem Gewässerschutzgesetz nicht entsprechende Zustand zu beheben, um nicht unsere Nachkommen damit zu belasten. Es sollte deshalb überlegt werden, diesen Zeitraum zu verkürzen, was auch in finanzieller Hinsicht machbar wäre.

CVP: *M. Martig* erklärt, dass trotz dieser detaillierten Vorlage noch einige Fragen offen sind. Benötigt z. B. dieser Kreditrahmen von CHF 30.1 Mio. nicht einen Volksentscheid? Aufgrund der Grösse dieses Geschäfts ist auch die CVP-Fraktion der Meinung, dass die Vorlage an die BPK überwiesen werden sollte.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* erklärt, dass die Grüne/EVP-Fraktion dem GEP zustimmt. Sie findet die Vorlage sehr gut, detailliert beschrieben und interessant. Auch sie hält es für wichtig, dass der GEP jetzt und rasch umgesetzt wird, damit künftig nach starken Regenfällen kein Mischwasser mehr in Bäche und Flüsse geleitet wird, weil die Überlaufbecken voll sind; umgekehrt aber auch bei Trockenheit Wasser zurückgeführt werden kann, um den Fischbestand zu retten.

Ihrer Meinung nach wird sich das Wasserproblem durch klimatische Veränderungen vor Ablauf dieser 40 Jahre verschärfen. Auch sie sind deshalb für eine Verkürzung der Umsetzung des GEP auf 25 Jahre. Dafür spricht auch die momentane gute finanzielle Lage der Gemeinde Binningen. Wie diese nach 40 Jahren aussehen wird, ist nicht voraussehbar, insbesondere nach der Einführung von ILS.

Ferner regt sie an, Anreiz dafür zu schaffen, dass Private Regenwasser sammeln, z.B. für die Gartenbewässerung.

Präsidentin V. Dubi lässt über den Antrag der FDP-, SVP- und CVP-Fraktion betreffend Überweisung des Geschäfts an die BPK abstimmen.

Mit 25 Ja, 9 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Mati* unterstützt diesen Entscheid. Trotzdem möchte sie noch kurz ein paar Erklärungen abgeben. Sie weist darauf hin, dass das bestehende Kanalisationsreglement aufgrund der neuen Gewässerschutzverordnung des Kantons überarbeitet werden muss. Diese war in der Vernehmlassung und deren Bearbeitung ist noch am Laufen. Dem Vernehmen nach ist diese Vernehmlassung sehr kontrovers ausgefallen. Deshalb muss zuerst das Ergebnis dieser Vernehmlassung abgewartet werden, bevor das Reglement an die Hand genommen werden kann. Sie hält es für richtig, jetzt noch Wünsche und Vorstellungen einzubringen, damit diese dann bei der Erarbeitung des Reglements mitberücksichtigt werden können. Aber sie bittet darum, nicht bereits jetzt Antworten oder Beschlüsse zu Gebührenfragen zu verlangen, bevor das Reglement überhaupt vorliegt.

Was die Frage betreffend Rahmenkredit anbelangt, erklärt sie, dass zu den einzelnen Bauvorlagen entweder im Budget entsprechende Anträge oder dann separate Vorlagen, die behandelt werden müssen. Es geht jetzt um den Kreditrahmen, das konkrete Projekt liegt aber noch nicht vor.

BPK-Präsident M. Trautwein bittet als Präsident der BPK alle Fraktionen, zur optimalen Sitzungsvorbereitung - auch für die Verwaltung - ihre Hauptanliegen und Fragen der BPK bis spätestens in einer Woche mitzuteilen.

Traktandum 4

Geschäft Nr. 19

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005:

Waldbaulinienpläne 1/9, 2/9, 3/9, 4/9, 5/9, 7/9 und 9/9

Eintreten

CVP: *H. Senn* teilt mit, dass die CVP-Fraktion dieses Geschäft begrüsst und darauf eintreten wird, weil damit diverse Waldbaulinien nun definitiv festgelegt werden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass einige Waldbaulinien nicht klar definiert waren. Dies hatte seinen Ursprung darin, dass wenn jemand Bäume wachsen liess und nicht konstant gerodet hat, insofern bestraft wurde, dass die Waldbaulinie neu definiert wurde.

SP: Gemäss *R. Dürig* ist auch die SP-Fraktion grundsätzlich für dieses Geschäft. Jedoch ist sie der Meinung, dass bei unbebautem Land ein Abstand von 20 m statt 10 m festgelegt werden sollte. Als Begründung führt er an, dass diese 20 m im Raumplanungsgesetz verankert sind und eine Reduktion seiner Meinung nach keinen Sinn macht. Dies einerseits aus dem Sicherheitsaspekt heraus. Sollten bei Sturmwind Bäume umfallen, kann unter Umständen eine Haftungsfrage auch für die Gemeinde entstehen. Andererseits hat auch die Zukunftskonferenz gezeigt, dass der Wunsch, die Durchmischung von grünen und bebauten Flächen zu erhalten, gross ist, d.h. es soll nicht zu nahe an den Wald gebaut werden, damit der Übergang nicht so abrupt ist.

R. Dürig stellt den Antrag, dass der Waldabstand im unbebauten Gebiet in den Waldbaulinienplänen 1/9 „St. Margarethen“ und 3/9 „Waldeck/Kirschtalrain“ auf 20 m festgelegt wird.

R. Dürig stellt Gemeinderätin *A. Schuler* die Frage, weshalb im Waldbaulinienplan 1/9 die Waldbaulinie mitten im Gelände aufhört und nicht weiter gezogen wird, da dieses ganze Gebiet seines Erachtens zur Bauzone gehört.

SVP: *M. Trautwein* erklärt, dass sich ihm die gleiche Frage seines Vorredners auch gestellt hat. Trotz gewisser Unsicherheiten stimmt die SVP-Fraktion dem Geschäft - im Vertrauen auf dem Gemeinderat - jedoch zu.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* teilt mit, dass die Grüne/EVP-Fraktion den Waldabstand auch auf die gesetzlich vorgeschriebenen 20 m auf unbebautem Land erhöhen möchte. Bei bebautem Land soll der Abstand jedoch auf 10 m reduziert werden. Auch sie beruft sich dabei auf die Zukunftskonferenz, wo klar der Wunsch nach mehr grünen und Erholungsflächen in unserer Gemeinde zum Ausdruck kam. Sie stimmt dem Antrag der SP-Fraktion somit zu.

FDP: Gemäss *S. Cron* schliesst sich die FDP-Fraktion der SVP-Fraktion an und stimmt dem Geschäft zu.

FDP: *M. Ziegler* fragt *R. Dürig*, ob es diesen Sicherheitsabstand von 20 m lediglich dafür braucht, wenn ein Baum umfällt, oder welche Sicherheitsüberlegungen stecken dahinter?

SP: *R. Dürig* gibt zur Antwort, dass sicher Sicherheitsüberlegungen dahinter stecken. Buchen werden z.B. bis 40 m hoch. Bei einem Abstand von nur 10 m bedeutet dies, dass ein Wald so gepflegt werden muss, dass die Bäume nicht zu hoch werden. Bei einer unbebauten Fläche besteht jedoch keine Notwendigkeit, auf diese 10 m hinunter zu gehen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* erklärt einleitend, dass es in Binningen ein Waldrandpflegekonzept gibt, aufgrund dessen die Bürgergemeinde mit Unterstützung der Einwohnergemeinde für die Waldrandabstufung besorgt ist. Eine ideale Waldrandabstufung bedeutet, dass ein Wald mit relativ niedrigen Bäumen beginnt und diese erst nach und nach höher werden. Diese Waldrandpflegemassnahmen wurden in den letzten Jahren konsequent durchgeführt, und es wurde im Binninger Anzeiger auch darüber berichtet. Es ist auch eine Broschüre vom Forstamt beider Basel erhältlich, in der aufgezeigt wird, wie diese Waldrandpflege im Detail aussieht.

In Bezug auf die Frage von *R. Dürig*, weshalb im Waldbaulinienplan 1/9 die Waldbaulinie mitten im Gelände aufhört, nimmt sie wie folgt Stellung: Es handelt sich dort um die Pachtlandparzelle 1816, welche von Landwirt *U. Rediger* bewirtschaftet wird. Dieses Gebiet wird demnächst auch dem Siedlungstrenngürtel zugeordnet, welcher im kantonalen Richtplan zwischen Basel und Bruderholz ausgedehnt ist. Ihrer Meinung nach macht es wenig Sinn, den Waldabstand dort auf 20 m zu erhöhen, zumal dort im Umkreis des Landwirtschaftsbetriebs auf *St. Margarethen* noch Unterstände für die landwirtschaftlichen Gerätschaften gebaut werden müssen. Sie rät deshalb davon ab, dem Antrag der SP- und Grüne/EVP-Fraktion für den Waldbaulinienplan 1/9 zuzustimmen.

Der 10 m Waldabstand für den Waldbaulinienplan 3/9 wurde deshalb festgelegt, da man sich für das freie Land im Kirschtalrain, welches in der OeW-Zone liegt, alle Optionen frei halten möchte, dort allenfalls ein Bauprojekt zu realisieren.

SP: *F. Dietiker* weist darauf hin, dass bevor Waldbaulinien überhaupt festgesetzt werden können, das sogenannte Waldgrenzenplanverfahren durchgeführt werden muss. Dieses kann aber nur dort durchgeführt werden, wo der Wald tatsächlich an die Bauzone grenzt. Ausserhalb der Bauzone gilt seit 1991 der dynamische/statische Waldbegriff. Dadurch entstehen solche Probleme, wie schon *H. Senn* erwähnt hat, dass der Wald dort auswachsen konnte. Deshalb vermag ihn die Argumentation von Gemeinderätin *A. Schuler* nicht zu überzeugen, dass die Waldbaulinie beim Waldbaulinienplan 1/9 „*St. Margarethen*“ mitten im Gelände einfach aufhört. Entweder muss sie auf der ganzen Linie geführt werden oder, wenn es sich tatsächlich um Landwirtschaftsgebiet handelt, darf dort keine Waldbaulinie festgelegt werden. Was ebenfalls juristisch abgeklärt werden müsste, ist Folgendes: Auf dem westlichen Plateau gibt es zwei Spezialzonen, eine für den Hundesport. Nach Stand seiner Kenntnisse handelt es sich dort nicht um eine Bauzone, weshalb auch dort keine Waldbaulinie festgelegt werden dürfte. Er bittet den Gemeinderat um entsprechende Abklärungen.

SVP: *M. Trautwein* richtet sich an Gemeinderätin *A. Schuler*, sie habe im Zusammenhang mit dem Waldbaulinienplan 1/9 Parzelle 1816 als Landwirtschaftszone bezeichnet. Er möchte nun wissen, was das für eine Landwirtschaftszone mitten im Margarethenpark sein soll.

Gemeinderätin A. Schuler antwortet, dass diese Parzelle zwar im Margarethenpark weiter geht, sie meinte konkret das Teilstück zwischen Friedhofstrasse und Sternwarte. Ihr wurde von der Verwal-

tung gesagt, dass es sich dort um Landwirtschaftsgebiet handelt. Sie fragt U. Rediger, ob das stimmt.

SVP: U. Rediger verneint und ergänzt, dass es sich leider noch nicht um Landwirtschaftsgebiet handelt.

FDP: M. Ziegler ist der Meinung, dass diese Diskussion nun zu sehr ins Detail geht und beantragt die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

CVP: H. Senn ergänzt, dass dies auch im Sinne der CVP-Fraktion ist. Da es doch noch einige offene Fragen zu beantworten gilt, die durch die BPK beantwortet werden können, sollte das Geschäft von dieser Kommission geprüft werden.

SP: Aufgrund der vorstehenden Diskussion zieht R. Dürig seinen Antrag zur Erhöhung des Waldabstands auf 20 m in den Waldbaulinien 1/9 und 3/9 zurück und plädiert ebenfalls für die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

Präsidentin V. Dubi lässt darüber abstimmen, ob das Geschäft 19 von der BPK geprüft werden soll.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Auch hier bittet *BPK-Präsident M. Trautwein* alle Fraktionen, ihre Anliegen der BPK bis spätestens in einer Woche mitzuteilen.

Traktandum 5

Geschäft Nr. 43

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005:

Aufhebung Reglement über den Logopädischen Dienst

Präsidentin V. Dubi stellt fest, dass sich niemand zu diesem Geschäft äussern möchte und lässt deshalb darüber abstimmen.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Reglement über den Logopädischen Dienst der Einwohnergemeinde Binningen vom 12.12.1994 wird rückwirkend per 1.8.2004 aufgehoben.

Traktandum 6**Geschäft Nr. 36**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005:

1000-Jahrfeier: AbrechnungEintreten

SP: *U. Kunz* erläutert, dass der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 22.4.2002 ein Kostendach in der Höhe von CHF 650'000.— zu Lasten der Einwohnerkasse bewilligt hat. Dieses Kostendach setzte sich zusammen aus einer Grobkostenschätzung sowie einem detaillierten Kostenvorschlag. Bei effektiven Ausgaben von CHF 974'676.— und Einnahmen von CHF 241'637.— ergibt sich nun ein Defizit von CHF 733'039.—. Rechnet man die Ausgaben minus die Einnahmen resultiert eine Kreditüberschreitung von CHF 83'039.—. Verschiedene Faktoren haben zu dieser Kostenüberschreitung beigetragen. So brauchte es eine relativ grosse Sicherung und Bewachung des Festgeländes während des Auf- und Abbaus des Festzelts und der -wirtschaften. Die Anzahl Festbetriebe wurde von ursprünglich 14 auf 20 erhöht, was höhere Infrastrukturkosten bewirkte. Ferner musste für den Shuttlebetrieb zwischen dem Dorf und dem Festplatz ein zusätzliches Fahrzeug eingesetzt und aufgrund der schlechten Witterung das Festzelt noch mit Seitenwänden ergänzt werden. Beides verursachte ebenfalls Mehrkosten. Ein weiterer wichtiger Faktor war natürlich, dass nicht voraussehbar war, wie viel Personen das Fest besuchen würden. Kurz gesagt hält er diese Mehrkosten für durchaus vertret- und verkräftbar.

Es ist der SP-Fraktion noch ein spezielles Anliegen, allen Mitarbeiter/innen der Gemeinde für ihren grossen Arbeitseinsatz zugunsten des Festes herzlich zu danken. Er ist überzeugt, dass wenn alle Gemeindemitarbeiter/innen ihre für das Fest geleisteten Überstunden einziehen müssten, wahrscheinlich heute noch ein paar in den Ferien wären. Er bittet darum, diese Mehrkosten von CHF 83'039.— zu bewilligen.

FDP: *A. Eichenberger* teilt mit, dass die FDP-Fraktion trotz der Kostenüberschreitung von mehr als 12 % wohlwollend auf das geglückte Jahrtausendfest zurück. Auch sie dankt den vielen freiwilligen Helfer/innen sowie den Vereinen für ihre Mithilfe.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* schliesst sich diesem Dank und der Freude über das gelungene Fest an, möchte aber doch darauf hinweisen, dass er mit dieser Kostenüberschreitung nicht ganz zufrieden ist. Zurückblickend ist er der Meinung, dass gewisse Sachen, z.B. der Einsatz eines dritten Shuttlebusses oder die Abfallentsorgung etc., durchaus voraussehbar gewesen wären. Seiner Meinung nach wollte man unbedingt vermeiden, einen Nachtragskredit stellen zu müssen.

SVP: Auch die SVP-Fraktion hält die Jahrtausendfeier, wie *U. Weber* mitteilt, für sehr gelungen. Es ging ein „mutiger“ Entscheid voraus, dieses Fest auf jenem Gelände gegenüber der Sternwarte durchzuführen. Es wurden, wie seine Vorredner/in schon erwähnten, viele Arbeitsstunden investiert und auch die SVP-Fraktion möchte an dieser Stelle all jenen danken, die für das gute Gelingen des Festes beigetragen haben, sei dies das OK, die Gemeindeverwaltung oder die vielen ehrenamtlichen Helfer/innen. Er erwähnt Ziffer 7 des Berichts, wonach das Sponsoring aufgrund des guten Rechnungsabschlusses 2003 ins Stocken geriet und ist der Meinung, dass es bei einem geschickteren Vorgehen durchaus möglich gewesen wäre, mehr Sponsoreinnahmen zu erzielen. Auf diese Weise wäre auch das Defizit nicht so hoch ausgefallen.

CVP: *H. Senn* erklärt, dass auch die CVP-Fraktion das Fest in sehr guter Erinnerung hat, und es ihm deshalb nun schwer fallen würde, dieses Defizit zu kritisieren. Auch er möchte es nicht unterlassen, allen Mitwirkenden zu danken. Er möchte an dieser Stelle noch erwähnen, dass vom Fest leider nichts Nachhaltiges übrig blieb, ausser dem umfangreichen Geschichtsbuch. Dieses stellt für ihn einer der Höhepunkte des Festes dar. Da dessen Abrechnung als nächstes Geschäft behandelt wird, möchte er dieses bereits jetzt positiv verabschieden.

Stellungnahme des Gemeinderats: C. Simon dankt dem Einwohnerrat für das sehr gute und positive Echo. Auch namens des Gemeinderats möchte er ein letztes Mal all jenen Personen danken, die mit ihrem Einsatz dazu beigetragen haben, dass das Fest derart toll und gelungen war. Was die Nachhaltigkeit anbelangt: es kann immer noch der DVD oder das Video über das Fest gekauft werden.

Präsidentin V. Dubi lässt über die drei Anträge in Geschäft 36 abstimmen.

Mit 35 Ja bei 3 Enthaltungen und keinen Gegenstimmen wird beschlossen:

- ://:** **6.1 Der Schlussbericht für die 1000-Jahrfeier der Gemeinde Binningen wird zur Kenntnis genommen.**
- 6.2 Die Abrechnung der 1000-Jahrfeier wird genehmigt.**
- 6.3 Zu Lasten des Kontos Nr. 300.365.02 wird die Kreditüberschreitung in der Höhe von CHF 83'039.— bewilligt.**

Traktandum 7

Geschäft Nr. 32

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005:

Kredit Geschichtsforschung: Abrechnung

Eintreten

Grüne/EVP: K. Birkhäuser erklärt, dass das neue Geschichtsbuch über Binningen sehr gut gelungen ist, und unsere Gemeinde darauf stolz sein darf. Die geringe Kostenüberschreitung von 5 % bei der Produktion liegt im Bereich der Toleranz. Durch das mehr eingesetzte Geld wurde im Übrigen die hervorragende Bebilderung möglich. Die Grüne/EVP-Fraktion stimmt der Abrechnung zu.

SP: B. Jost schliesst sich dem Vorredner an. Mit diesem Geschichtsbuch ist ein schönes, gut lesbares und reich illustriertes Werk entstanden. Auch die SP-Fraktion genehmigt die Abrechnung.

SVP: E. Riem teilt mit, dass das neue Geschichtsbuch von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen wurde. Es ist interessant und lesenswert. Dank dem Beitrag des Lotteriefonds und den vielen verkauften Buchexemplaren wurde der Kredit für das doch teure Buch nicht überschritten. Sie hofft, dass noch viel mehr Bücher verkauft werden. Die SVP-Fraktion dankt allen, die in irgendeiner Weise zum guten Gelingen des Buchs beigetragen haben und genehmigt die Abrechnung für das Projekt Geschichtsforschung.

Stellungnahme des Gemeinderats: M. Joset „dankt für den Dank“ und die gute Aufnahme durch den Einwohnerrat. Dieser ganze Prozess wurde vor über zehn Jahren im Einwohnerrat ins Rollen gebracht. Er dankt auch seinen Vorgängern, am Anfang hatte noch Jürg Alt dieses Departement inne und wirkte mit in der Arbeitsgruppe, anschliessend Rudolf Felber in der Geschichtsforschungskommission, die M. Joset in den letzten fünf Jahren begleitete. Dieser Entscheid für das Projekt Geschichtsforschung beinhaltetete nicht nur eine Forschungsarbeit, sondern es sollte ein bebildertes

Buch entstehen. Damit wurde das ganze Werk etwas umfangreicher, Bilder erhielten Texte und Legenden, das Buch musste lektoriert und redigiert etc. All dies verursachte diese Folgekosten sowohl in der Produktion als auch in der Forschung. Über die Hälfte der 2'500 Exemplare wurde verkauft, ein Teil davon auch verschenkt, und das Buch ist in den Buchhandlungen weiterhin erhältlich.

Präsidentin V. Dubi lässt über das Geschäft 32 abstimmen.

Einstimmig wird beschlossen:

//: Die Abrechnung des Projekts „Geschichtsforschung“ wird genehmigt.

Traktandum 8

Geschäft Nr. 58

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.4.2005:

Aktivitäten im Bereich Entwicklungshilfe und Patengemeinden; Studentenprojekt Kaluga

Eintreten

FDP: *M. Ziegler* erklärt, dass nach all den Unklarheiten um die unkorrekt verwendeten Mittel aus diesen Legaten zugunsten des Kalugaprojekts die FDP-Fraktion nun froh ist, dass der Gemeinderat mit diesem Bericht Transparenz schaffen will. Er möchte noch auf folgende zwei Punkte hinweisen:

Für ihn sind die Kriterien für die Auswahl und Evaluation der Entwicklungshilfeprojekte unter Ziffer 2.1 lit. a relativ unklar. Möglicherweise ist die Bekanntschaft der Antragsteller zur Gemeinde die grösste Komponente ist, um ein solches laufendes Projekt zu kontrollieren. Wenn dies tatsächlich die übliche Praxis ist, müssten gegenüber der GRPK diese Beziehungen oder Verbindungen zu den Hilfsorganisationen offen gelegt werden, um damit eine Transparenz zu schaffen, die wiederum die jeweilige Kontrolle einfacher macht und eine Vertrauensbasis schafft.

Gemäss der Definition betreffend Entwicklungshilfe müsste seiner Meinung nach das Projekt Kaluga nicht unter Ziffer 2.2 *Patengemeinden* aufgeführt werden, sondern unter Ziffer 2.1 *Entwicklungs- und Katastrophenhilfe*. Die Kriterien für die Entwicklungshilfe definiert der Gemeinderat wie folgt: Es muss eine Hilfe zur Selbsthilfe und ein überschaubares Projekt sein, was beides beim Studentenprojekt Kaluga - Binningen zutrifft. Ferner müssen die Organisatoren des Projekts einen Bezug zur Gemeinde haben und einen bekannten Ansprechpartner für die Gemeinde. Auch diese Kriterien treffen zweifellos zu. Folglich müsste dieses Projekt gleich behandelt werden wie z. B. das Ausbildungsprojekt in Pakistan und sollte nicht mit den Unterstützungsbeiträgen an Schweizer Gemeinden im Bündnerland oder Jura gleichgesetzt werden.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* bedankt sich im Namen der Grüne/EVP-Fraktion für diesen sorgfältigen und transparenten Bericht. Darin geht es um zwei Dinge, nämlich einerseits um das Entwicklungsprojekt und andererseits um dessen Finanzierung. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt das Entwicklungsprojekt und ist sicher, dass diese russischen Studentinnen und Studenten bei uns sehr viel profitieren können. Diese regelmässige Unterstützung ermöglicht Kaluga auch, etwas Beständiges aufzubauen. Natürlich darf auch Rechenschaft verlangt werden, um den Erfolg dieser Unterstützung

zu überprüfen. Was die Finanzierung anbelangt ist ihrer Meinung nach klar, dass die für die Gemeinde erbrachten Arbeitsleistungen auch aus der Gemeindekasse bezahlt werden müssen. Aber Entwicklungsaufgaben gehören bekanntlich nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde, weshalb diese auch aus einem Legat oder Fonds finanziert werden können. Wichtig dabei ist lediglich, dass die Zweckbindung eingehalten und transparent informiert wird.

SP: *D. Gorba* teilt mit, dass auch die SP-Fraktion diesen Bericht mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat. Sie hält das Studentenprojekt mit Kaluga weiterhin unterstützenswert, allenfalls alternierend mit einer andern russischen Gemeinde. Die Abrechnung der nicht zweckgebundenen Fondsgeldern hält sie für genug transparent. Sie erachten die Entwicklungshilfeprojekte für sehr positiv und hoffen, dass diese im gleichen Rahmen weitergeführt werden.

CVP: *H. Senn* erklärt, dass die CVP-Fraktion die unschönen Diskussionen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kalugaprojekts und dem daraus resultierenden Bericht noch in guter Erinnerung hat. Umso mehr ist sie jetzt erfreut darüber, dass der Gemeinderat dieses Geschäft betreffend die weitere Finanzierung des Studentenprojekts zur Kenntnis vorlegt. Grundsätzlich ist sie mit dem Bericht einverstanden. Sie hält es für richtig, wenn Entwicklungsprojekte oder Projekte wie Kaluga primär über die Einwohnerkasse finanziert werden und die Finanzierung nur dann über Stiftungen oder Legate erfolgt, wenn dies der Stiftungs- oder Legatszweck auch klar definiert. Die CVP-Fraktion hält das Kalugaprojekt nach wie vor für unterstützungswürdig, würde es aber begrüßen, wenn der Einwohnerrat über die Auswirkungen und allfälligen Erfolge auch einmal informiert würde. Der Gemeinderat hat in Aussicht gestellt, dass dem Einwohnerrat im September ein weiterer Bericht vorgelegt wird, der speziell auch auf die Motion der CVP-Fraktion betreffend Vorgehen bei der Verwendung von Legaten und Schenkungen zugunsten der Gemeinde Binningen eingehen wird. Die CVP-Fraktion stimmt dem Geschäft positiv zu und nimmt es zur Kenntnis.

SVP: *U. Rediger* schliesst sich den Voten der Vorredner/in grundsätzlich an und betont, dass dieser Bericht viel Transparenz gebracht hat. Er möchte aber noch hervorheben, dass die SVP-Fraktion die Entwicklungshilfe als sehr sinnvoll erachtet, vor allem auch der Austausch von jungen Leuten. Es stellt sich lediglich noch die Frage, ob diese Art von Entwicklungshilfe tatsächlich zum Kerngeschäft einer Gemeinde gehört.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* bedankt sich für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Er erklärt erläuternd, dass die Gemeinde nun „auf drei Schienen fährt“. Die erste ist die Entwicklungshilfe mit CHF 50'000.—. Seit jeher war die Zielsetzung, dieses Geld an solche Institutionen oder Organisationen zu geben, zu denen eine Beziehung besteht - damit auch Rückmeldungen kommen - und nicht an bekannte, grosse Entwicklungshilfeorganisationen.

Als zweite Schiene gelten die Patengemeinden. Formell hat Binningen nur eine Patengemeinde, nämlich Duvin. In den 60er Jahren hat die Gemeindeversammlung beschlossen, Duvin als Patengemeinde zu bestimmen. Bei Soubey müsste dieser formelle Beschluss - z.B. im Zusammenhang mit dem Budget 2006 - noch nachgeholt werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Hilfe für Soubey sehr wertvoll und richtig ist. Soubey ist eine sehr arme Gemeinde im hintersten Teil des Clos du Doubs nahe der französischen Grenze. Diese Beziehungen gehen auch sehr tief und wertvoll - man besucht sich gegenseitig, so war er seit letztem Sommer dreimal dort - und sollten aufrecht erhalten bleiben. Der Gemeinderat hat jetzt auch aktuell einen Beitrag gesprochen, damit die Gemeindeverwaltung mit dem Gemeindesaal renoviert werden können.

Die dritte Schiene ist die Katastrophenhilfe. Seit langer Zeit hat die Gemeinde jährlich einen Betrag von CHF 10'000.— eingestellt. Aber je nach Ausmass der Katastrophe wurde dieser Betrag auch durchaus überschritten.

Betreffend Finanzierung erklärt *B. Gehrig*, dass der Gemeinderat nach wie vor der Meinung ist, dass diese drei Kategorien von Hilfe über das Gemeindebudget laufen sollen und auch im Rahmen der jeweiligen Budgetberatung darüber diskutiert werden kann.

Was die Erfolgsmeldungen aus Kaluga anbelangt, schlägt er vor, für den nächsten Amtsbericht einen entsprechenden Bericht zu verfassen.

Die Gemeinde Binningen spendet zudem alljährlich einen Beitrag aus dem Kulturfonds an den Chor aus Kaluga, der auch dieses Jahr wieder ein Konzert geben wird.

FDP: *M. Ziegler* kommt nochmals auf seine Frage zurück, ob nun Kaluga für den Gemeinderat eine Patengemeinde ist oder gehören diese Projekte in den Bereich Entwicklungshilfe.

Gemeinderat B. Gehrig stellt klar, dass Kaluga keine Patengemeinde von Binningen ist, sondern es bestehen seit 1993 freundschaftliche Beziehungen zu dieser Stadt. Kaluga gehört zu der Entwicklungshilfe.

://: Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht des Gemeinderats Kenntnis.

Traktandum 9

Geschäft Nr. 38

Postulat SP-Fraktion vom 7.12.2004:

Kinderspielplätze für Binningen

Eintreten

FDP: *S. Cron* teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Überweisung des Postulats an den Gemeinderat zustimmt, da es sich um ein sinnvolles Anliegen handelt. Allerdings sind einige Aussagen der Postulanten zum Spielplatz Schafmattweg falsch, die sie wie folgt berichtigt: Das Postulat erweckt den Eindruck, dass der Spielplatz Schafmattweg aufgehoben werden soll. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die ev.-ref. Kirchgemeinde Binningen-Bottmingen als Eigentümerin dieser Parzelle prüft zurzeit zusammen mit der Gemeinde Binningen, die Eigentümerin einer Nachbarparzelle ist, verschiedene Projekte für eine gemeinsame Überbauung. In keinem dieser Pläne ist vorgesehen, den Spielplatz ersatzlos aufzuheben. Es ist im Gegenteil geplant, den Spielplatz neu aufzubauen, wahrscheinlich auf einem leicht verschobenen Platz des Gesamtprojekts. Entsprechende Gespräche sind noch am Laufen, an denen Gemeinderätin Agathe Schuler und Gemeinderat Marc Joset ebenfalls beteiligt sind. Bei Bedarf können diese beiden Gemeinderatsmitglieder sicher noch detailliertere Erläuterungen abgeben.

SP: *B. Jost* erklärt, dass es sie sehr gefreut hat, dass dieses Postulat der SP-Fraktion vom Gemeinderat wohlwollend aufgenommen wurde. Mittlerweile ist auch ihr bekannt, dass der Spielplatz Schafmattweg sicher nicht ganz aufgehoben wird. Es hat sich an der Zukunftskonferenz klar gezeigt, dass natürlich gestaltete, grosszügige und vor allem in den Quartieren platzierte Kinderspielplätze ein grosses Anliegen sind. Deshalb ist es wichtig, diese bestehenden Kinderspielplätze in Binningen zu erhalten oder sogar auszubauen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* bestätigt die Aussage von *S. Cron*, wonach die Gemeinde Binningen mit der ev.-ref. Kirchgemeinde Gespräche führt, gemeinsam eine Überbauung zu realisieren. Es ist der Gemeinde dabei ein Anliegen, den Spielplatz am Schafmattweg in dieser Gesamtplanung sicher zu erhalten, wenn auch nicht am gleichen Standort. Nicht nur im Hinblick auf die Ortsplanung, sondern auch bei andern grösseren Planungen setzt sich der Gemeinderat dafür ein, diese Zielsetzung zu erfüllen. Im Übrigen investiert die Gemeinde laufend einiges in den Unter-

halt der Spielplätze, nicht zuletzt auch für die sehr beliebten Spielplätze bei den Schulhäusern. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* macht auf folgenden Widerspruch aufmerksam: Bei den Forderungen der Postulanten steht unter Punkt 4, dass die Betroffenen in die Planung miteinbezogen werden. Dagegen steht im letzten Absatz der Information auf der Einwohnerratsvorlage, dass der Gemeinderat bereit ist, über die eingeleiteten Schritte und Massnahmen zu informieren. Seiner Meinung nach ist es doch ein Unterschied, Schritte einzuleiten, Massnahmen zu treffen und dann zu informieren oder die Betroffenen direkt in die Planung mit einzubeziehen.

Gemeinderat M. Joset gibt zur Antwort, dass im Zusammenhang mit der Ortsplanung bereits mit der Zukunftskonferenz oder andern ähnlichen Veranstaltungen gezeigt wurde, dass der Gemeinderat die Betroffenen mit einbeziehen möchte. Als Beispiel fügt er an, dass er in engem Kontakt mit dem Verein Kinderspielplatz Schafmattweg steht, insofern die Betroffenen mit einbezieht.

Mit 35 Ja bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Geschäft Nr. 46

Postulat SP-Grüne/EVP-Fraktion vom 26.1.2005:

Midnight Basketball für Binningen

Eintreten

SVP: *M. Trautwein* erklärt, dass es fast keinen Verein gibt, der nicht gerne junge Leute aufnimmt. Das Angebot in Binningen und der Umgebung ist riesig. Aus Sicht der SVP-Fraktion braucht es deshalb keine weiteren Angebote und schon gar nicht staatlich finanzierte. Wichtig und richtig ist, dass die Gemeinde diejenigen jungen Leute unterstützt, die Interesse zeigen und bereit sind, sich irgendwo zu engagieren. Diese Jungen sind seiner Meinung nach immer noch die Mehrheit. Mit Unterstützung meint er, das zur Verfügungsstellen guter Infrastrukturen, wie das der Einwohnerrat z.B. mit dem Beschluss zur Erstellung von Kunstrasenfeldern für die Fussballvereine gemacht hat. In bestehende Vereine sollte investiert werden und nicht immer neue Angebote - womöglich noch mit staatlich bezahlten Sozialarbeitern - fördern.

SP: *U. Kunz* nimmt Stellung zu der Ansicht seines Vorredners, dass die Gemeinde keine Angebote braucht, die staatlich finanziert werden. Er ist der Meinung, dass es diverse Angebote gibt, die der Staat finanziell mittragen soll, auch in Bezug auf die Förderung junger Menschen, die in unsere Gesellschaft integriert werden möchten. So wird z.B. auch der Jungschützenkurs vom Staat finanziert.

SP: *F. Dietiker* teilt mit, dass sich die SP-Fraktion über die Stellungnahme des Gemeinderats freut. Sie ist klar der Meinung, dass für die Jugendlichen etwas unternommen werden soll und allenfalls in absehbarer Zeit in Binningen im Verbund mit andern Gemeinden im Leimental Basketball gespielt wird.

In Bezug auf das Votum von M. Trautwein erklärt er, dass im Vereinssport vor allem der Leistungsgedanke im Vordergrund steht. Viele Jugendliche haben so kein Interesse am Sport mehr, und es gibt eine grosse Gruppe Jugendlicher, die deshalb auf der Strasse herum hängt und sich dabei nicht unbedingt konstruktiv verhält. Genau diese Gruppe spricht ein solches Midnight Basketball-Angebot an.

Was die Finanzierung dieses Konzepts anbelangt, so ist dem Postulat zu entnehmen, dass alle regionalen oder lokalen Partner der Gemeinde Binningen eingeladen werden, und es ist vorgesehen, dieses Projekt gemeinsam zu realisieren. Mit andern Worten soll keine Parallelorganisation aufgebaut werden, die Unsummen von Geld verschlingt.

FDP: *R. Moll* versteht die Vorlage in dem Sinn, dass der Gemeinderat dieses Anliegen entgegen nimmt, prüft und dann über das weitere Vorgehen Bericht erstattet. Bekanntlich finden in verschiedenen grossen Turnhallen in Basel und der Landschaft diverse Midnights-Veranstaltungen statt. Diese werden alle auf privater Basis organisiert und von den ansässigen oder umliegenden Vereinen entsprechend unterstützt. Es wäre durchaus denkbar, einen solchen Anlass auch in Binningen durchzuführen, die Initiative und Organisation muss aber klar von den Vereinen übernommen werden. Natürlich können dann vom Gemeinderat oder Einwohnerrat oder welcher politischen Institution auch immer die strukturellen Gegebenheiten zur Verfügung gestellt werden, zumal es um die Jugendlichen geht, für die der Sport ein grosses Präventionsgefäss darstellt. Der Gemeinderat soll sich jetzt aber erst über die Umsetzung dieses Postulats Gedanken machen.

SP: *F. Dietiker* stimmt dem Votum von R. Moll zu, möchte aber darauf hinweisen, dass er allenfalls das Postulat nicht richtig verstanden hat. Es geht nicht darum, einen einmaligen Anlass durchzuführen, da die Nachhaltigkeit eines solchen Projekts gleich null ist, sondern es soll ein Angebot aufgebaut werden, das alle zwei bis drei Wochen stattfindet.

Präsidentin V. Dubi weist darauf hin, dass es heute lediglich um die Überweisung dieses Postulats geht und nicht um etwas anderes.

FDP: *M. Ziegler* ist klar, dass es sich hier nicht um einen einmaligen Event handelt. Da dieses Projekt aber nicht nur die Gemeinde Binningen betrifft, hält er es für wichtig, wenn der Gemeinderat dafür besorgt ist, eine Kooperation mit dem Leimental anzustreben. Zudem sollten auch private Sponsoren motiviert werden mitzumachen, um dadurch die Finanzierung zu erleichtern.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* erklärt, dass sich der Gemeinderat bei einer Überweisung des Postulats um die drei Punkte kümmern möchte, um die er gebeten wird. Erstens den Geschäftsleiter einzuladen, um sich informieren zu lassen. Zweitens eine Informationsveranstaltung durchzuführen, was gleichzeitig mit den lokalen Partnern gemacht werden kann. Alle in der Jugendarbeit tätigen Organisationen veranstalten regelmässig solche Treffen, wo auch dieses Projekt besprochen werden kann. Schlussendlich wird der Gemeinderat, falls die Idee bei ihm Anklang findet, ein Vorgehenskonzept mit den vorgeschlagenen Anregungen vorlegen. Erst dann kann der Einwohnerrat entsprechende Beschlüsse fassen.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 11**Geschäft Nr. 51**

Motion der GRPK vom 2.3.2005:

Revision PersonalreglementEintreten

SP: *A. Braun* erklärt, dass das jetzige Personalreglement erst seit fünf Jahren in Kraft ist und damals von allen sehr begrüsst wurde. Sie SP-Fraktion sieht zurzeit keinen Revisionsbedarf, zumindest nicht im Ausmass der Formulierung dieser Motion. Sie unterstützt das bisherige System des regelmässigen Stufenanstiegs, was einer der Hauptpunkte der Motion darstellt. Dieses System wurde vom Kanton übernommen, und dieser ist bekanntlich ein sehr überlegter Arbeitgeber, der sicher nichts Übertriebenes mit seinen Angestellten macht. Die Personalkosten sind seit dem Jahr 2000 jährlich inkl. Teuerung um gut einen Prozent angestiegen. Die Gemeindefinanzen sind ausgezeichnet und verkraften diesen Anstieg problemlos. Der SP-Fraktion sind von Seiten des Personals keine Wünsche nach einer Revision mit mehr Leistungselementen bekannt. Auch sind im bisherigen Personalreglement gemäss § 32 und § 33 bereits solche Leistungskomponenten enthalten, d.h. es können besondere Leistungen mittels Zulage honoriert werden. In der Motion wird auch der Geltungsbereich angesprochen, und zwar geht es um das Verhältnis von öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Anstellungen. Dies ist im Reglement sehr vernünftig formuliert und soll auch so bleiben. Ebenso sind die Grundsätze der Personalpolitik einleuchtend und bedürfen keiner Änderung. Allfällige Änderungen könnte sich die SP-Fraktion betreffend Jubiläumsprämien vorstellen. Sie wünscht, dass das Binninger Verwaltungspersonal weiterhin gute Anstellungsbedingungen hat, was ein wichtiger Faktor für die Motivation und den Leistungswillen beim Personal ist. Das jetzt bestehende gute Einvernehmen soll nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Auch ist zu erwähnen, dass die Kaufkraft der Gemeindeangestellten erhalten bleiben sollte, was wiederum der lokalen Wirtschaft zugute kommt. Ganz sicher wäre die SP-Fraktion gegen eine allfällige Steuersenkung auf Kosten des Personals. Aus all den vorstehenden Gründen ist die SP-Fraktion gegen eine Überweisung der Motion.

SVP: *E. Kohl* erklärt, dass die SVP-Fraktion der Meinung ist, das Personalreglement müsste geändert und angepasst werden, da zum Teil nicht mehr ganz zeitgemässe Sachen darin enthalten sind. Das Reglement sollte mit dem Kanton verglichen werden, denn in vielen Punkten hat Binningen im Vergleich ein sehr grosszügiges Reglement erstellt. Ihrem Vernehmen nach sind die Verwaltungsangestellten durchaus der Meinung, dass das Reglement durchaus geprüft werden könnte. Die Motion ist so verfasst, dass niemand verletzt oder angegriffen wird, es geht lediglich um eine Prüfung und allfällig zeitliche Anpassung des Reglements. Auch der Gemeinderat ist dafür, sich die Motion überweisen zu lassen, was die SVP-Fraktion freut und unterstützt.

FDP: Gemäss *G. Metz* unterstützt die FDP-Fraktion die vorliegende Motion. Obschon *A. Braun* vorher den Personalkostenanstieg in den letzten Jahren als sehr bescheiden bezeichnete, hat er dies auch schon anders gehört. Es wäre gut, wenn der Personalkostenanstieg im Rahmen dieser Analyse mit ein paar vergleichbaren Gemeinden aufgezeigt würde. Ferner ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass das Verhältnis zwischen dem Personalreglement und der Personalverordnung genau geprüft werden sollte, da im Personalreglement gewisse Dinge abschliessend geregelt sein sollten, was heute noch nicht der Fall ist. *G. Metz* bestätigt, dass die Vertreter der GRPK aus ihrer Fraktion auch von Revisionswünschen aus der Verwaltung gehört haben, oder zumindest von Wünschen nach der Überprüfung von einzelnen Punkten aus dem Reglement. Deshalb hält es die FDP-Fraktion für richtig, die Motion zu überweisen.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* erklärt, dass die Grüne/EVP-Fraktion grundsätzlich nicht gegen eine Prüfung von neuen leistungsbezogenen Instrumenten im Personalbereich. Es ist ihr aber wichtig zu betonen, dass diese Revision nicht für eine Sparübung missbraucht wird. Wenn der Einwohnerrat Höchstleistungen von den Verwaltungsangestellten erwartet, muss er auch bereit sein, einen adä-

quaten Lohn zu zahlen. Dies zahlt sich im Übrigen auch aus, denn wenn die Fluktuation gross ist, weil die Arbeitsbedingungen nicht gut sind, geht immer sehr viel Know-how verloren. Sie hat nichts gegen ein benchmarking, dann muss aber darauf geachtet werden, dass mit der Entlöhnung mitgehalten werden kann, ansonsten die besten Mitarbeiter/innen davonlaufen. Binningen ist eine Gemeinde mit dem Anspruch, etwas besser zu sein, als die andern. Dies darf aber nicht auf Kosten des Personals sein. Falls diese Motion überwiesen wird, bittet die Grüne/EVP-Fraktion den Gemeinderat, dies zu berücksichtigen.

Stellungnahme des Gemeinderats: C. Simon dankt für die interessante Diskussion. Der Gemeinderat ist bereit, diese Motion entgegen zu nehmen und wird die Revisionsmöglichkeiten, wie sie im Bericht stehen und auch heute angesprochen wurden, prüfen, die Ziele festlegen, die eigentliche Revision durchführen und dann wieder in den Einwohnerrat kommen. Weitere Details sind nicht nötig, es wurde bereits sehr viel gesagt.

CVP: H. Senn erwähnt, dass sein Parteikollege Michal Martig bei der nun folgenden Abstimmung in den Ausstand tritt, da er Gemeindeangestellter ist.

SVP: E. Kohl erklärt, dass das gleiche für ihren Parteikollegen Christoph Meier gilt.

Präsidentin V. Dubi erklärt, dass an der folgenden Abstimmung betreffend Überweisung der Motion der GRPK somit 36 Personen teilnehmen.

Mit 19 Ja, 10 Nein bei 7 Enthaltungen wird beschlossen:

//: Die Motion wird überwiesen.

Präsidentin V. Dubi erklärt, dass die beiden Traktanden 12 *Schutzraumbestand* und 13 *Wo stehen wir am Kronenplatz?* aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben werden müssen, da noch eine Anfrage der CVP-Fraktion an den Gemeinderat vorliegt, die heute noch behandelt werden muss.

Stellungnahme des Gemeinderats: A. Schuler teilt mit, dass die CVP-Fraktion im Zusammenhang mit dem Instrumenten-Landesystem auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse folgende drei Fragen gestellt hat, welche sie direkt beantworten wird:

1. Welche Auswirkungen könnte nach Einschätzung des Gemeinderats die Installation und Inbetriebnahme des ILS für die Piste 34 auf die Einwohner/innen von Binningen haben?

Nach Einschätzung des Gemeinderats könnten folgende Auswirkungen eintreten:

- mehr Flugzeuge über Binningen
- erhöhte Lärmbelastigung, vor allem des Westplateaus
- erhöhtes Gruppenrisiko

2. Welche Haltung gedenkt der Gemeinderat in seiner Stellungnahme einzunehmen?

Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis, dass die französische Luftfahrtbehörde DGAC die Einrichtung eines ILS auf der Piste 34 plant. Falls es dazu kommen sollte, wird der Gemeinderat mit folgenden Auflagen dazu Stellung nehmen:

- Der Flugbetrieb wird erst ab einer Windstärke von zehn Knoten auf das Südanflugverfahren umgestellt.
- Im Landeflug wird der grösstmögliche Gleitwinkel, nämlich 3.5 %, umgesetzt.
- Die Landeschwelle wird nach Norden versetzt.
- Die Anzahl der Landungen wird limitiert.
- Die Auflagen des landrätlichen Investitionsbeschluss von 1999, insbesondere betreffend die Benutzung der Ost-/Westpiste, werden umgesetzt und eingehalten.
- Es hat strikte Nachtruhe von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr zu herrschen.

3. Welche weiteren Schritte zieht der Gemeinderat in Erwägung?

- Der Gemeinderat wird bis 13.7.2005 zuhanden des Kantons Baselland seine Stellungnahme einreichen.
- Der Gemeinderat lädt zusammen mit dem Gemeinderat Allschwil alle betroffenen Gemeinden sowie weitere Kreise wie den Gemeindeverband sowie Vertretungen der Kantone Baselland und Basel-Stadt an eine geschlossene Veranstaltung vom 19.5.2005 ein. Diese Veranstaltung hat das Ziel, klare gemeinsame Bedingungen zu formulieren, die alle betroffenen Gemeinden in ihre Stellungnahme aufnehmen sollen und die mehr Gewicht geben werden für die Stellungnahme der Betroffenen. Wichtig ist auch, darauf hinzuzielen, dass die einzelnen Stellungnahmen möglichst breit abgestützt und inhaltlich deckungsgleich sind. Damit kann eine grössere Wirkung erzielt werden.
- Die Gemeinde wird einen Luftverkehrs-Rechtsexperten zur Ausarbeitung der Stellungnahme zuhanden des Kantons beiziehen.
- Im Binninger Anzeiger vom 28.4.2005 wird eine weitere Information für die Bevölkerung publiziert, die auf weitere Möglichkeiten zur Dokumentation hinweist.
- Auf der Gemeindeverwaltung können die Dokumentation der offiziellen Vernehmlassung sowie ein Grundlagenpapier inkl. Überflugkarte, das die gemeinderätliche Fachgruppe Flugverkehr ausgearbeitet hat, bezogen werden.

Präsidentin V. Dubi dankt Gemeinderätin A. Schuler für diese Ausführungen und erteilt ihr auch das Wort, um über die stattgefundene Zukunftskonferenz und Folgeveranstaltungen bzw. das Fazit daraus orientieren zu können.

Gemeinderätin A. Schuler informiert, dass am 13./14.4.2005 bekanntlich die Zukunftskonferenz zur Ortsplanung stattgefunden hat. Es waren ca. 150 Personen an jedem Abend dabei. Die Presse hat über den Anlass ausführlich berichtet, weshalb sie sich nur ganz kurz dazu äussern wird.

In immer wieder wechselnden Gruppen haben die Teilnehmer/innen diskutiert und Prioritäten ausgehandelt für eine qualitative und nachhaltige Entwicklung von Binningen. Dabei standen schlussendlich die Themen Verkehrsberuhigung, attraktives Zentrum, Wohnraum für alle und vernetzte Grünflächen an vorderster Stelle. Der Gemeinderat wird diesen Input aus der Zukunftskonferenz in die Formulierung einer räumlichen Entwicklungsstrategie aufnehmen. Als nächster Schritt wird er mit dem Planungsbüro die räumliche Entwicklungsstrategie ausarbeiten. Die Grundlagen dazu sind:

- der Input aus der Zukunftskonferenz
- die Leitsätze und Schlüsselziele, die der Gemeinderat im letzten halben Jahr erarbeitet hat
- die Gebietsanalysen, die vom Planungsbüro bereits erstellt worden sind

Die Teilnehmer/innen der Zukunftskonferenz werden zu gegebener Zeit zum Vertiefungsworkshop eingeladen und im Herbst wird eine Ergebniskonferenz stattfinden. Dort werden in erster Linie auch die Besucher/innen der Zukunftskonferenz eingeladen, aber es wird auch weitere Möglichkeiten geben, daran teilzunehmen. Dann folgen die Revision der Planungsinstrumente, der Zonenvorschriften mit Zonenplan und -reglement für Siedlung und Landschaft, der Strassennetzplan mit dem Strassenreglement und der Lärmempfindlichkeitsstufenplan. Wenn die Pläne dann vorliegen, wird

die Bevölkerung im Rahmen des gesetzlichen Mitwirkungsverfahrens wieder Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

Der Einwohnerrat ist selbstverständlich die ganze Zeit in den Prozess miteinbezogen. Ihm werden einerseits Vorlagen betreffend Ortsplanungsrevision zur Beschlussfassung unterbreitet, und andererseits legt der Gemeinderat Wert auf eine offene Information des Einwohnerrats. Dies wurde bereits insofern praktiziert, indem sie letztes und dieses Mal über den neusten Stand berichtet hat.

Präsidentin V. Dubi dankt A. Schuler für ihre Berichterstattung, wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und hofft, alle am Einwohnerratsausflug, welcher am 28.5.2005 stattfindet, wieder zu sehen.